

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für Ihre Anfrage und beantworte diese wie folgt:

Wir halten den gesamten Standort am Ostweg 53 und 63 für die Realisierung eines Schul- und Sportstandortes nach wie vor für unabdingbar notwendig. Die Entstehung eines neuen Wohnquartiers mit dem damit unmittelbar verbundenen Zuzug, insbesondere von Familien mit Kindern, bieten hierfür eine eindeutige Grundlage.

Im Übrigen hat ja auch der Investor Mitte der 2000er Jahre das Grundstück Nr. 53 mit der klaren Zielrichtung Schule an das Land Berlin abgegeben. Der mittlerweile seit 27 Jahren bestehende Leerstand und Verfall dieses Grundstückes muss rasch beendet werden. Allerdings ist auch völlig klar, dass auf diesem Grundstück allein (ohne den Standort Ostweg 63) - unter Beachtung der Schulbaurichtlinien - eine Grundschule, eine Gesamtschule und ein Sportstandort nicht genügend Platz haben. Die hier vom Senat vor der Pandemie vorgestellte angebliche "Studie" war nichts als eine Planskizze eines Mitarbeiters einer dafür gar nicht zuständigen Senatsverwaltung. Diese Skizze war von vornherein völlig untauglich und unrealistisch für die weitere Planung. Außerdem würden hierfür unweigerlich denkmalgeschützte Baulichkeiten der Abrissbirne zum Opfer gefallen.

Auch wenn der Bezirk Steglitz-Zehlendorf gezwungen war, nach Einstellung der Planungen für die Kopernikus-Schule, beide Grundstücke vor ca. 10 Jahren an den Finanzsenator abzugeben, blieb die eindeutige Planung für einen Schul- und Sportstandort am Ostweg bestehen. Auf diesen Standort wurde zu keinem Zeitpunkt von Seiten des Bezirks verzichtet. Dass am Ostweg 63 vom amtierenden Senat ohne jede Vorankündigung ein Standort für eine Modulare Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) festgelegt wurde, ist umso unverständlicher, wurde dieser Standort zuvor doch als zu klein angesehen und war auch nie vom Bezirk angeboten worden. Ebenso ist es nicht logisch nachvollziehbar, warum die derzeit noch SPD-geführte Senatsbildungsverwaltung - entgegen den vor Ort gemachten öffentlichen Ausführungen eines ehemaligen Staatssekretärs - aktuell die Notwendigkeit einer Schule nunmehr grundsätzlich nicht anerkennt.

Diese aktuelle Haltung des rot-rot-grünen Senats dürfte auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass der Senat mit fragwürdigsten, intransparenten Methoden, ohne jede Bürgerbeteiligung und gegen den erklärten Willen des Bezirks und Ihrer Bürgerinitiative den Bau eines "MUF" am Ostweg 63 durchgeboxt hat. Hier wurde das ausgelaufene "Sonderbaurecht" in befremdlicher Weise ausgelegt und der Denkmalschutz in bedenklicher Weise und mit fadenscheinigen "Argumenten" ausgetrickst. Der jetzt entstandene Bau passt in keiner Weise in das neu erstellte Wohngebiet und ist außerdem viel zu massiv.

Auch der für den Wahlkreis zuständige CDU-Abgeordnete, Christian Goiny, hat mehrfach, auch in öffentlichen Versammlungen vor Ort, darauf hingewiesen, dass die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus am Standort Ostweg einen Schul- und Sportstandort fordert, diese Planungen von der CDU seit Mitte der 90iger Jahre unterstützt wird und zum Ende der letzten Wahlperiode die CDU bereits einmal den Versuch verhindert hat, dieses Grundstück für einen MUF Standort zu nutzen.

Bei einer Regierungsübernahme durch die CDU wird das gesamte Vorgehen der seinerzeit agierenden Senatsverwaltungen überprüfen. Sollte diese Überprüfung erhebliche Anhaltspunkte für die Nichteinhaltung von Rechtsnormen ergeben, wäre der Rückbau des

MUF an dieser Stelle die logische Konsequenz. Diese Überprüfung würde im Übrigen nicht nur das Planungsrecht und den Denkmalschutz betreffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das Bezirkswahlprogramm der CDU zu hinweisen. Darin heißt es:

"Neue Unterbringungsmöglichkeiten, die später dem Gemeinwohl dienen, indem sie günstigen Wohnraum auch in unserem Bezirk bieten, müssen errichtet werden. Dabei wird die CDU der Bildung von Ghettostrukturen bei der Unterkunft von Flüchtlingen im Bezirk entgegenwirken. Wir fordern den Senat auf, nicht eine von oben herab diktierte Standortpolitik nach Gutsherrenart zu betreiben, sondern vielmehr eine Planung, bei der die Erhaltung einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur, insbesondere durch eine intelligente städtebauliche Entwicklung und unter Beachtung der bezirklichen Ausstattung mit Infrastruktur betrieben wird. Eine solche Planung wird es im mit der CDU nur mit einer umfassenden, konsequenten Bürgerbeteiligung geben.

Das Modell der Unterbringung in sogenannten modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUFs) ist gescheitert. Ein dauerhaftes Verbleiben in Gemeinschaftsunterkünften ohne Anschluss an die deutsche Gesellschaft führt zu Parallelgesellschaften statt zur Integration. Deshalb werden zunehmend diese so genannten MUFs auch von Anwohnern immer weniger akzeptiert. Wir befürworten daher eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Statt Gemeinschaftsunterkünften nur für Flüchtlinge, brauchen wir bezahlbaren Wohnraum für alle."

Zusammenfassend möchte ich feststellen:

Wir werden am Schul- und Sportstandort am Ostweg festhalten. Hierzu muss der Standort Ostweg 53 endlich für die vorgesehene Schulplanung entwickelt werden, um den seit Jahren vorhandenen Leerstand und Verfall des Grundstücks zu beseitigen. Wir werden die näheren Gesamtumstände bei der Errichtung des Gebäudes am Ostweg 63 genau überprüfen und ggf. die notwendigen Konsequenzen aus der Prüfung ziehen. Wichtig ist, dass die dringend notwendige Infrastruktur Schule und Sport für das neu entstandene Wohngebiet zeitnah nicht nur geplant wird, sondern auch finanziell unterlegt und realisiert wird.

An dieser Stelle dürfen wir uns auch für das jahrelange und beständige Engagement Ihrer Bürgerinitiative sehr herzlich bedanken.

Mit herzlichen Grüßen

Oliver Cywinski
(Politischer Referent)